

## **Meinen die Linken es ernst?**

EIN KOMMENTAR VON MONA JAEGER – 17.11.2020

**Plötzlich verspricht die politische Linke, entschieden gegen Islamismus vorgehen zu wollen. Das wird auch Zeit. Denn es darf keinen kulturellen Rabatt für mörderische Taten geben.**

Die deutsche Politik diskutiert wieder einmal über Islam und Islamismus, politischen Islam und Dschihadismus – alles zur selben Zeit. Doch dieses Mal ist etwas anders. Rechts und Links suchen den Schulterschluss gegen den Islamismus. Der Fraktionsvorsitzende der Linken im Bundestag, Dietmar Bartsch, beklagt Defizite bei der gesamten politischen Linken im bisherigen Kampf gegen den Islam als Ideologie. Parteien überbieten sich in der Veröffentlichung von Maßnahmenkatalogen.

Zwar hat auch die FDP einen Plan und die CSU ein Sieben-Punkte-Papier vorgelegt, doch bieten die Grünen das umfangreichste Konzept. Es gibt mehrere traurige Anlässe, die Terrorattacken in Nizza, Dresden und Wien, die bestialische Ermordung des Lehrers Samuel Paty, der Schülern Mohammed-Karikaturen gezeigt hatte.

Die jetzt vor allem von linker Seite vorgelegten Forderungen sind richtig, wirken aber doch wie eine verspätete Gegenreaktion. Angestoßen vom SPD-Parteilinken Kevin Kühnert, schauen die linken Parteien auf ihren blinden Fleck. Denn noch immer hat die politische Linke keine Antwort auf die Frage, wie sie mit islamistischem Terror umgehen soll, ohne ein antimuslimisches Ressentiment zu bedienen.

Zunächst hatte der Mord an Paty auf ihrer Seite nämlich keine so eindrucksvollen Reaktionen hervorgerufen. Wieder einmal drängte sich der Eindruck auf, dass Herkunft und Hintergrund des Täters darüber entscheiden, wie laut der Aufschrei nach einer Tat ist. So wie Rechtspopulisten Taten oft verharmlosen, wenn der Täter ein „Biodeutscher“ ist, so neigen Linke dazu, Taten herunterzuspielen, wenn sie etwa von Migranten begangen werden.

### **Universalistisches Verständnis von Menschenfeindlichkeit**

Doch Terroropfer bleiben Terroropfer. Und auch die Täter dürfen nicht hierarchisiert werden. Es darf keinen kulturellen Rabatt für mörderische Taten geben. Es herrschen hierzulande aber auch kein Gesinnungsstrafrecht und keine kulturelle Sippenhaft. Das muss allen an den Rändern des politischen Spektrums klar sein.

Meinen es die linken Parteien mit ihrem universalistischen Verständnis von Grund- und Menschenrechten ernst, dann braucht es auch ein universalistisches Verständnis von Menschenfeindlichkeit – und davon, was dagegen getan werden muss. Den linken Parteien kommt deswegen dabei eine besondere Verantwortung zu; es geht um ihre eigene Glaubwürdigkeit.

### **Streit über einen Satz**

Wie hält es etwa die wahrscheinlich nächste Vorsitzende der Linkspartei [Janine Wissler](#) mit der immer wieder beobachteten Nähe des Parteinetzwerks „Marx21“ zu Islamisten? Wissler war selbst lange Mitglied bei „Marx21“.

Warum rieben sich bei den Grünen nur wenige die Augen, als ihre Parteifreunde zwar gegen Priester demonstrierten, die sich homosexuellenfeindlich geäußert hatten, zu ähnlichen Äußerungen von Muslimen aber schwiegen? Wer darauf hinwies, etwa der „anatolische Schwabe“ Cem Özdemir, wurde abgespeist: Na ja, die haben es halt nicht so mit Frauenrechten. Das ist kein Dialog auf Augenhöhe, sondern gefährlich paternalistisch. Lange gekämpft wurde bei den Grünen auch um den Satz: Kein heiliges Buch steht über dem Grundgesetz.

## **Der AfD den Wind aus den Segeln nehmen**

Diese Auseinandersetzungen fanden zu einer Zeit statt, als es noch keine AfD gab, die hätte applaudieren können – und das ist nun wieder eine große Angst der linken Parteien. Deren Reaktion kann also nicht der einzige Grund für das linke Schweigen sein.

Die Realpolitiker versuchen nun, dieser diffusen Angst mit konkreten Vorschlägen beizukommen, Aktion und Prävention nicht mehr als Gegensatz zu begreifen. Das wird Zeit. Verfasst worden ist das Papier vom Parteivorsitzenden Robert Habeck und den maßgeblichen Innen- und Rechtspolitikern, deren Ressorts früher der Hort des größten Widerstands waren.

In dem Elf-Punkte-Papier ist nun von einer „Null-Toleranz-Strategie“ die Rede, alle rechtsstaatlichen Mittel gegen Gefährder sollen genutzt werden, inklusive Abschiebungen. Das klingt gut – aber was folgt daraus? Denn es geht ja nicht nur um fehlende Trauerbekundungen, sondern um konkrete Politik.

Schon vor vier Jahren hatte die Grünen-Bundestagsfraktion einen ähnlichen Forderungskatalog gegen Islamismus vorgelegt. Die Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer scheitert aber bis heute am Widerstand der Grünen. Das eine ist kein Allheilmittel gegen das andere. Aber die linken Parteien müssen nun beweisen, dass sie es ernst mit dem Kampf gegen den Islamismus meinen und dass sie bereit sind, entsprechende Maßnahmen zu unterstützen – auch solche, die von der eigenen Klientel skeptisch gesehen werden.

Das diene nicht nur der Schlagkraft der demokratischen Parteien gegen den Extremismus. Die linken Parteien nähmen der AfD, die bislang am lautesten gegen den Islamismus wettet, aber eigentlich „das Fremde“ meint, den Wind aus den Segeln.